

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/28

Hannover, 8. April 1947
Telefon 20 951

Machtpolitik in Moskau

P.S. Es sei eine betrieblliche, aber evidente Tatsache, dass die Sorge um die Sicherung und den Ausbau der im Kriege errungenen Vorteile jede andere Überlegung in den Hintergrund drängt, schrieb schon vor längerem die "Times". Nach über einem Monat Moskauer Konferenz scheint die Richtigkeit dieser Auffassung gültiger als zuvor. Das offizielle Thema der Moskauer-Konferenz ist zwar der Frieden mit Deutschland, das eigentliche Problem aber scheint eher die Sicherung des Friedens zwischen Westen und Osten. Die Festigung von Machtpositionen rangiert vor der der Friedensidee.

Das deutsche Problem, so sehr es die Gespräche in Moskau beherrscht, erscheint, zumal nach dem Schritt Trumans, fast zweitrangig. Darüber sollte man sich gerade in Deutschland nicht täuschen. Die Aufgabe in Moskau war die Erörterung der deutschen Frage zwischen den Siegermächten auf breiterer Grundlage und unter Berücksichtigung der Vorarbeiten der stellvertretenden Außenminister in London. Die einzelnen Punkte sind seitdem Bestandteil täglicher Berichterstattung.

Während der ersten drei Wochen ging alles leidlich glatt, am Beginn der vierten wurde es kritisch, weil man zum Kern der Dinge vorstieß. Eine Berliner Zeitung veröffentlichte vierzehn Tage nach Konferenzbeginn eine Tabelle, aus der die Stellungnahme der vier Grossmächte zu den wichtigsten Sonderfragen erkennbar war, und die zweiten vierzehn Tage haben nur unwesentliche Änderungen gebracht, aber es ist nützlich, solche Vergleiche anzuteilen, denn noch ist nichts entschieden, jede Erklärung kann korrigiert werden.

Immerhin seien hier die Grenzen der gegenseitigen Auffassungen und Forderungen kurz skizziert. Für die Angelsachsen handelt es sich zunächst um die Wirtschaftseinheit der vier Zonen unter der Voraussetzung voller

gegenseitiger Bewegungsfreiheit, dann um die Steigerung des deutschen Industrienniveaus, schliesslich um die Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung. Sie wollen in Deutschland wieder Ordnung herstellen und nicht mehr ihre Pfunde und Dollars ausgeben, um die Deutschen zu unterhalten. Für die Franzosen sind diese drei Fragen nicht wichtiger, vielleicht sogar weniger wichtig als die Ruhrkohle. Selbst wie Léon Blum formuliert: Für Frankreich sind die Reparationen gleichbedeutend mit Kohle. Die Russen schliesslich stehen zwar allen diesen Fragen nicht gleichgültig gegenüber, aber das Schwergewicht ihrer Aufmerksamkeit liegt auf den Reparationen, und zwar vor allem auf der Forderung nach Lieferungen aus laufender deutscher Produktion.

Innerehalb dieses rohen Schemas geht der Kampf vor sich. Um die skizzierten Grundforderungen ranken sich Spezialwünsche prinzipiellen und taktischen Charakters, wie etwa die französische zur Ruhrfrage und zur Behandlung des Rhein- und Ruhrproblems und die russischen nach der zehn Milliarden Dollar-Entscheidung durch Deutschland. Grenzfragen sind überhaupt noch nicht erörtert worden. Bei den Reparationen z.B. hat man sich weder über die Höhe, noch über die Leistungsform, noch über die Laufzeit, noch darüber geeinigt, ob man angesichts der von den angelsächsischen Mächten aufgestellten Priorität der Rückzahlungspflicht von Besatzungs- und Lebensmittelimportkosten gleich mit einem Moratorium beginnen soll. Ähnlich unfertig sind die Konzepte in allen anderen Fragen mit Ausnahme des Komplexes der provisorischen künftigen deutschen Regierung, über den kurz vor Ostern eine gewisse Einigung erzielt wurde, aber das ist bezeichnenderweise eine Frage, die sehr geringe praktische Bedeutung für den Augenblick und auch für die Einigung zwischen den Grossmächten besitzt.

Man kann sich diese ganze Situation, die vernünftige und einige Verflechtung so vieler einander widersprechender Meinungen und Absichten, nicht vergegenwärtigen, ohne unwillkürlich wieder auf das Problem der Macht und ihr Verhältnis zur Friedensidee zu stossen. Eine der erstaunlichsten Tatsachen der Moskauer Konferenz war die äussere Ruhe, mit der der sensationelle Vorstoss Truman auch von den russischen Vertretern aufgenommen wurde. Die Zurückhaltung Molotows und seiner Mitarbeiter schien denen recht zu geben, die immer für eine entschiedene Sprache gegenüber den Sowjets eingetreten sind. Aber man kann die russische Mentalität leicht verkommen, wenn man glaubt, dass die massgebenden Männer in Moskau es einfach bei diesem Vorgang bewenden lassen werden, der eben, wenn nicht als schwere diplomatische Niederlage, so doch als eine ihr internationale Ansehen schädigender Affront erscheinen muss.

Für Deutschland bleibt beherrschend das Gefühl der eigenen politischen Ohnmacht, die so gross ist, dass es selbst schwer fällt oder fast unmöglich erscheint, das allein geblickene Potential der Arbeitskraft als einen Faktor von internationalem Wert einzusetzen, obwohl er es ohne Zweifel in hohem Masse ist. Etwas wichtiges freilich bleibt zu tun möglich: Alles zu vermeiden, was dem Ansehen jener politischen Kräfte und Mächte abträglich ist, von denen wir noch die relativ vernünftigste und menschlichste Behandlung unserer Arbeitskraft, also unseres letzten wertvollen Guthabens, erwarten dürfen. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse vor allem in Westdeutschland ist das schwer und setzt ein hohes Mass von politischer Einsicht voraus. Deutschland steht, wie gesagt, heute keineswegs im Mittelpunkt der Weltpolitik. Der Schein von Moskau trägt. Wohl aber sind für Deutschland die Vorgänge in der russischen Hauptstadt entscheidend wichtig, so sehr, dass man auf sie auch in der Innenpolitik weitestgehend Rücksicht nehmen sollte. (II/1/84/1/ho)

Von Monroe zu Truman

Von S. Aufhäuser, New York

Die Verhandlungen der Viermächte-Konferenz in Moskau bestätigen besonders klar, dass die Lösung der Deutschland-Frage in einer unmittelbaren Wechselwirkung mit der ideologischen Auseinandersetzung zwischen den westlichen Demokratien und der Staatsauffassung Sowjetrusslands steht. Der amerikanische Außenminister George C. Marshall hat in seiner in Moskau gegebenen demokratischen Prinzipienklärung zum Wiederaufbau Deutschlands eine Wehrhaltung gewiesen, die eine neue deutsche Verfassung in Anpassung an das erprobte amerikanische Beispiel aufzeigt und die von den deutschen Ländern in der amerikanischen Zone bereits angenommenen neuen Verfassungsgesetze bewegen sich in der gleichen Richtung. Sicherung der Demokratie ist auch die grosse Tradition der amerikanischen Aussenpolitik für die, die historische Rede des Präsidenten Harry Truman an den Kongress vom 12. März ein neuer Ausdruck ist. Amerika hat damit keine "neue Aussenpolitik" eingeleitet, sondern seine beste Tradition dynamisch und in Anpassung an die heutige Weltlage entwickelt.

Im Jahre 1823 hatte Präsident James Monroe seine berühmte Botschaft erlassen, wonach der amerikanische Kontinent künftig nicht mehr Gegenstand von Kolonisierung durch irgendwelche europäischen Mächte sein sollte. Jeder Versuch, das System europäischer Regime auf einen Teil der westlichen Hemisphäre ausdehnen zu wollen, sollte als Gefahr für den Frieden des neuen Kontinent angesehen werden. Die neue Welt wollte sich nicht etwa von Europa separieren, aber die Monroe-Doktrin war die Proklamation der Unverletzlichkeit der Völker durch Imperialismus und Feudalismus. Damals war nur beabsichtigt, "einer versuchten Unterwerfung der westlichen Hemisphäre" mit einer starken Aussenpolitik der Vereinigten Staaten zu begegnen. Griechenland lag zu jeder Zeit noch viele Wochen Seefahrtsreise von Amerika entfernt.

Inzwischen ist die Welt näher zusammengedrückt und die Kräfteverhältnisse in ihr haben sich verändert. Der Schutz, den 1823 die freien Völker des amerikanischen Kontinents durch die Monroe-Doktrin erfahren sollten, wird heute von allen kleinen und mittleren Nationen benötigt. Wenn darum in der neuen Truman-Doktrin von 1947 die Monroe-Doktrin von 1823 von der westlichen Hemisphäre an das Mitteländische Meer vorgetragen werden musste, so hat die amerikanisch-traditionelle Aussenpolitik keine Änderung erfahren, sondern lediglich eine räumliche Erweiterung, die dem veränderten Weltbild von heute entspricht. Vom Standpunkt des Weltfriedens liegen Griechenland und Türkei in unseren Tagen an den Ufern der westlichen Hemisphäre. Wenn ihre Freiheit bedroht wird, so kommt auch die Sicherheit der freien Völker auf dem anderen Kontinent in Gefahr.

Die von Präsident Truman verkündete, von Staatssekretär Marshall auf der Moskauer Konferenz mit konkreten Vorschlägen vertretene amerikanische Aussenpolitik bezweckt, die demokratischen Errungenschaften, die sich das Volk von Amerika um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts erkämpft hatte, zur weltweiten Lebensform eines grossen Teiles der Menschheit zu gestalten. Die grosse Friedensaktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 12. März 1947 soll genutzt werden, um die Freiheit der freien Völker sicherzustellen. Damit aber bietet Amerika auch dem deutschen Volk im Augenblick seiner tiefsten Erniedrigung die Hand zu neuem Leben. (b/BAF/94/1/hs)

Die Berliner C D U

Widersinn um Dr. Schreiber

K.W. Die sehr unterschiedlichen Strömungen in der CDU bzw. CSU in Deutschland sind bekannt. Zwischen der CSU der amerikanischen und der CDU der britischen Zone bestehen erhebliche Differenzen, die in der britischen Zone wegen der Existenz des Zentrums noch besonders unterstrichen werden. Die CDU-Gruppen der amerikanischen Zone aber unterscheiden sich in sich noch beträchtlich dadurch, dass der Sonderfall Bayern - der wiederum die Partei noch einmal spaltet - die Erkenntnis des eigentlichen Parteicharakters besonders erschwert.

Vollkommen abweichend von allen CDU-Sektionen der westlichen Zonen hat sich jedoch die CDU der Ostzone entwickelt. Es zeigte sich, dass diese durch die Person des christlichen Gewerkschaftsführers Jakob Kaiser ausgewiesene CDU einen deutlicheren Kurs zu steuern schien als die westlichen Gruppen. Die Ostzonen-CDU wurde deshalb auch, besonders von Dr. Adenauer, stets sehr kräftig attackiert. Nach einer Zusammenkunft verschiedener CDU-Politiker aus allen Zonen in Berlin schien es, als wäre es zu einem gewissen Ausgleich der Anschauungen gekommen.

Doch unmittelbar, nachdem die CDU von dieser Berliner Tagung ihre Einladung zu einer Parteikonferenz über die Frage einer eventuellen gemeinsamen "nationalen Vertretung" ausschickte, begann ein neues Durcheinander. Der bisherige Vorsitzende der Berliner Organisation, Dr. Landsberg, wurde gestürzt und an seine Stelle Dr. Schreiber, der frühere preussische Handelsminister, gewählt. Der Sturz von Dr. Landsberg musste die Öffentlichkeit umso mehr überraschen, als Dr. Landsberg in den vergangenen Monaten seit Beginn der parlamentarischen Tätigkeit der Parteien in Berlin die CDU durch seine aktive und temperamentvolle Art des Einsatzes besonders nachdrücklich vertreten und in kurzer Zeit eine seine Partei weit überstrahlende Bedeutung gewonnen hatte.

Die Ersetzung durch Dr. Schreiber hingegen scheint besonders widerspruchsvoll, weil Dr. Schreiber im Dezember 1945 den Parteivorsitz mit Dr. Hermes zusammen wegen ihrer Reserve gegen die radikale Bodenreform niederlegen musste. Doch auch die Feststellung, dass Dr. Landsberg ein bevorzugter Vertreter des "linken" Kurses und der Zusammenarbeit mit der SPD und Dr. Schreiber der Vertreter eines konservativen Kurses sei, reicht für die Erklärung dieses Vorganges nicht aus.

Eine Zusammenarbeit mit der SPD aber ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen in der Ostzone, in der die SPD nicht nur nicht existiert, sondern auch als "illegal" gilt, eine Belastung für die Tätigkeit der CDU in der Zone. Die Paradoxie der politischen Entwicklung in der Ostzone ist so weit gegangen, dass die Ostzonen-CDU sich größere Entfaltungsmöglichkeiten erwarten kann, wenn in Berlin ein CDU-Kurs gesteuert wird, der unsozialistisch, bürgerlich und vor allem der SPD gegenüber reserviert ist. Die Person Dr. Schreibers, die vor mehr als einem Jahre aus naheliegenden Gründen nicht mehr tragbar war, ist unter so grotesken Umständen heute durchaus erwünscht, Die Begründung des Personenwechsels mit der gebotenen Rücksicht auf gleichmäßigere Behandlung der Konfessionen ist kaum mehr als ein Vorwand.

Die Ostzonen-CDU hat es mit der sowjetischen Besatzungsmacht als politischer Behörde zu tun. Ihre Vorsitzenden sind Kaiser und Lemmer. Die Berliner CDU aber liegt im Raum der Ostzone, so sehr auch Berlin "fünfte Zone" ist. Der Kurswechsel in der Berliner CDU ist mehr als ein deutlicher Hinweis darauf, wie sehr die grösseren weltpolitischen Verhältnisse in dieser Stadt die Politik der Parteien bestimmen. Die SPD hat seit Weihnachten, seit also der Magistrat der Stadt führend übernommen hat erfahren, wie unendlich die Schwierigkeiten sind, die sich ständig der eigenen Politik durch die Notwendigkeit der einstimmigen Zustimmung aller vier Alliierten entgegenstemmen. Am Hintergrund dieser neuen CDU-Politik wird dieses Hindernis in ganz besonderem Masse offenkundig. (b/B17/24/1/

Drei Möglichkeiten

Deutsche Abstimmung über deutsche Einheit - Ein Vorschlag aus der Schweiz

Prof. Wilhelm Röpke (Genf) ist einer der entschiedensten und aktivsten Vertreter einer liberalistischen Erneuerung. Seine politischen und wirtschaftlichen Auffassungen sind denen der internationalen und auch der deutschen Sozialdemokratie in vielen Punkten diametral entgegengesetzt. Trotzdem scheint uns eine Auseinandersetzung, die er mit russisch lizenzierten Zeitungen in Berlin geführt hat, bemerkenswert. Der Vorwurf dieser Zeitungen - wir zitieren aus der "Neuen Zürcher Zeitung", - die die Blätter im einzelnen nicht nennt - geht dahin, Röpke habe in einem Aufsatz "Deutsche Zukunft" "offene Propaganda für eine Aufspaltung Deutschlands in zwei Teile betrieben, um aus einem abgespaltenen Westdeutschland eine Kolonie des ausländischen Kapitals zu machen."

Wilhelm Röpke schreibt dazu in einer Erwiderung in der schon erwähnten Schweizer Zeitung u.a. folgendes: "Die Wahrheit ist, dass ich, da ich beschuldigt werde, eine Aufspaltung Deutschlands in zwei Teile zu betreiben, besonders lebhaft bedaure, dass diese Aufspaltung dank Beschlüssen, die andere zu verantworten haben, seit zwei Jahren eine Tatsache ist. Nuncmehr gibt es drei Möglichkeiten:

1. Die Aufspaltung wird dadurch überwunden, dass Deutschland im Zeichen der in der Ostzone herrschenden Prinzipien wieder vereinigt wird.
 2. Sie wird umgekehrt dadurch überwunden, dass Deutschland im Zeichen der die Westzonen bestimmenden Prinzipien wieder vereinigt wird.
 3. Aus der tatsächlichen Aufspaltung werden von den Westmächten bestimmte Schlüsse gezogen, die dem heutigen Lähmungszustand wenigstens in dem von ihnen verwalteten Gebiet Deutschlands ein Ende machen...
- Ich gehöre zu denjenigen, die eine Wiedervereinigung im Zeichen und unter den Bedingungen des Westens und nicht des Ostens fordern."

Röpke fährt dann fort, es sollte dafür gesorgt werden, dass die Westdeutschen über die in der Ostzone herrschenden Verhältnisse genau so wahrheitsgetreu informiert werden wie umgekehrt die Ostdeutschen über die in den Westzonen herrschenden. Diese gegenseitige Aufklärung müsste in voller Freiheit und ohne Rücksicht auf die Beschränkungen erfolgen, die notwendiger Bestandteil des in der Ostzone herrschenden Systems zu sein scheint. Alsdann könnten die Deutschen zu einer freien Abstimmung darüber aufgefordert werden, ob sie eine Ausdehnung der in der Ostzone herrschenden Verhältnisse auf Westdeutschland oder eine Ausdehnung der in der Westzone herrschenden Verhältnisse auf Ostdeutschland wünschen.

Proteste gegen Bevin

Für den Parteitag der Labour Party, der zu Pfingsten stattfindet und von Minister Shinwell geleitet wird, liegen nicht weniger als 19 Resolutionen von Ortsgruppen der Partei vor, die an der Außenpolitik Ernest Bevin's heftig Kritik üben, weil sich das sozialistische England durch ihn vor den Karren des kapitalistischen Amerikas hängen lassen. Einige Resolutionen kritisieren die englische Politik gegenüber Deutschland, Palästina und dem diplomatischen Dienst. In 18 Resolutionen wird die Reduzierung der englischen Streitkräfte oder die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht gefordert und 25 Resolutionen befassen sich mit dem mangelnden Kontakt der Labour-Regierung mit der Öffentlichkeit und dem Rundfunk.

Ausserdem wird die Beschleunigung des Tempos bei der Sozialisierung und die Nationalisierung des Schiffbaus gefordert. Bemerkenswert ist noch ein Vorschlag der Ortsgruppe von Mitham. Er verlangt die Beschränkung der Redezeiten für die Minister während des Parteitages zugunsten der örtlichen Delegierten, die im Vorjahr nur zum Teil zu Worte kamen und sich dadurch zurückgesetzt fühlten. (b/Blo/84/1/ha)

Die Lehren von Helgoland

K.a. Wir wissen es alle schon: am 18. April werden kraft Entscheidung der Siegermächte die Befestigungsanlagen und letzten Reste der Bestückung Helgolands gesprengt. Wie die Insel danach aussehen wird, wenn im Südwesten und Norden des Eilands böse Wunden in den Fels geschlagen sind, wissen wir nicht, wir wissen auch nicht, was die Zukunft bringen wird, ob jemals die Bewohner an die furchtbare Trümmerstätte, die heute das Ober- und Unterland bedeckt, zurückkehren werden, und ob eine spätere Generation wieder Erholung auf dieser Insel finden wird. Wir wissen nur, was war.

Einmal - man muss wohl sagen, aus der Bestimmung seiner Natur heraus - war dieser Fels ein köstliches Kleinod des Friedens gewesen. Über 120 Jahren sind es her, dass Helgoland ein Seebad geworden ist. (Es zählt damals zum englischen Reiche.) Als viele Jahrzehnte später, im Jahre 1890, durch den englisch-deutschen Vertrag, der Helgoland gegen Sansibar eintauschte, die Insel für einen Augenblick im Mittelpunkt des politischen Geschehens stand, umzingelte zum ersten Male nationalistischer Wahn die friedliche Felsengruppe in der Eibindung. Der Tauschvertrag hat damals den Anstoss zur Gründung des Alldeutschen Verbandes gegeben. Aber es folgte trotz allem für Helgoland neue Jahrzehnte friedlichen Lebens. Neben dem Badeverkehr haben Wissenschaft und Forschung eine Heimstatt auf der Insel gefunden. Das biologische Institut, das bekannte Aquarium, das Laboratorium der Kommission für Meeresforschung, die Vogelwarte, die Erdbeobastation sind Zeugen dieser Entwicklung. Sie währte, bis die Kurie des nazistischen Kriegsgeistes auch auf Helgoland sich einzunisten begann. Jetzt wurde gegraben und gebohrt, Stollen und Gänge in den Fels getrieben, alles zu einer riesigen Tunnelanlage mit Munitionskammern und Kraftwerken vereint, U-Bootbunker wurden gebaut, Batterien montiert, und jeder Hammerschlag rief dröhnend das Vernängnis herbei.

Im Tiefsten erschreck das Volk. Viele ahnten, dass der Tod, wenn er einmal gerufen ward, auch kommt. Jetzt ist er da gewesen. Mit eiserner Hand hat er über die Insel hinweggewischt, und was einmal Menschenwerk war, vernichtet. Und der Rest, jenes unterirdische Gefüge, die Stollen, Bunker und Batterien zerstäubt die Wucht der 3.500 Tonnen-Sprengung am 18. April.

Was wird einmal aus der Insel, wie sie sich dann darbieten wird, werden? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, dass die Geschichte eine harte Lehre erteilt hat und dass der Frevel verbiendeter, nationalistischer Kriegsbrunst alles, Menschwerk, Natur und Friede, in die Vernichtung reisst. (b/B51/84/31/ha)

Schwedische Gewerkschaftler nach Deutschland

K.K. Stockholm - In kurzer Zeit werden einige führende schwedische Gewerkschaftler als Delegierte der schwedischen Europahilfe zu einem Studienbesuch nach Deutschland reisen. An der Delegation werden beteiligt sein: Axel Strand, der nach dem Tode Gunnar Anderssons den Vorsitz in der schwedischen Gewerkschaftszentrale übernehmen wird, Nils Goude, der die Gewerkschaftszentrale in der Europahilfe vertritt, Wilhelm Weithar, der Wirtschaftsfachmann der Gewerkschaften und einer der Vorsitzenden der Europahilfe. - Dem Ergebnis der Studienreise sieht man in schwedischen Partei- und Gewerkschaftskreisen mit grossem Interesse entgegen. (b/Alo/293)

Das war Schacht

Eine Biographie sagt aus

"Dr. Schacht habe immer für die Stabilität der Währungen plädiert und habe gleichzeitig dreissig schwankende Marksorten geschaffen, er habe jederzeit die Beseitigung der Zollschranken der Welt gepredigt und gleichzeitig für Deutschland eine strikte Kontrolle aller Absatzgebiete organisiert. Er habe ein System des Tauschhandels geschaffen, während er gleichzeitig die Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbeziehungen gefordert habe. Diese Sätze stammen aus der "L'Indépendance Belge", einem Brüsseler Organ aus dem Jahre 1936. Sie werden zitiert in einer Biographie "Schacht" von Dr. Franz Reuter (erschienen 1937 in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin) und beweisen, als höchstes Lob gespendet, die Verwilderung der politischen Begriffe im Staats- und Völkerleben während des Dritten Reiches. Man könnte noch hinweisen auf Schachts Rede Anfang 1930 auf der "Bremer Schaffermanzeit" gegen das "Sozialrentnerium von der Wiege bis zum Grabe", gehalten durch denselben Mann, der mit seiner Währungspolitik Hitler die Aufrüstung und damit den Weg zum zweiten Weltkrieg ebnete, durch den in einem nie dagewesenen Masse Millionen von Krüppeln, Weisen und Witwen dem "Staatsrentnerium" überantwortet wurden, um das politische Charakterbild dieser gestürzten Grösse zu vervollkommenen.

Dr. Schacht steht nach seinem Freispruch in Nürnberg jetzt vor der Stuttgarter Spruchkammer. Er versucht, seine Unschuld an dem Unglück, das der Nationalsozialismus über Deutschland gebracht hat, nachzuweisen. Aber gerade seine Hoffbiographie, in der, wie anzunehmen ist, jede Zeile in seinen "glücklichen" Jahren von ihm zensiert und gebilligt wurde, beweist wie ausserordentlich stark er mit dem System und den Männern des Dritten Reiches verbanden war.

Als Schacht im Dezember 1930 von seiner Amerikareise zurückkommt, will er, der Vielredner, "nicht mehr reden, sondern handeln". Schon damals trifft er mit Hitler zusammen.

"Der persönliche Eindruck Hitlers auf Schacht", so schreibt Reuter, "wird für seine ganze weitere Tätigkeit entscheidend. Sein Entschluss steht fest, seine ganze Kraft für die Unterstützung der nationalen Bewegung unter Hitlers Führung einzusetzen.... Durch gut und Tat und durch den Einsatz seiner Persönlichkeit bei den Kreisen und Menschen, auf die er Einfluss hat - und es sind mit die besten der Nation - wird Schacht von nun an ein bewusster Helfer der nationalsozialistischen Bewegung und einer, der an ihrem schliesslichen Sieg einen wertvollen Anteil hat."

Nicht nur in Inland, auch im Ausland benutzt er durch Vortragsreisen seine Autorität, um durch Vorträge Verständnis für die "nationale Bewegung" zu erwecken. In Oktober 1931 auf der Harzburger Tagung der Nationalen Front lässt Schacht "seine warnende Stimme in der Öffentlichkeit vernahmen, wo er neben den Führern, neben Hitler, Hugenberg und Selde spricht und wo nun auch nach wessen allgemein bekannt wird, dass er dazu gehört." Als "Parteilöser" proklamiert er die These, "dass die deutsche Wirtschaft an den endlichen Erfolg der nationalen Bewegung das dringendste Interesse habe". Dass er über die Kriegsausrüstung und Kriegsabsichten Hitlers sich vollkommen klar ist, beweist er schon in dieser Harzburger Rede, von der Reuter sagt: "Und gleichsam in Vorehnung des Tages von Potsdam bezeichnet er als das wirtschaftliche Programm einer nationalen Regierung das Programm Friedrichs des Grossen nach dem Siebenjährigen Krieg, nämlich "sich fest auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herauszuholen, was nur irgend herauszuholen ist."

Als mit Papen der "Endkampf" um die politische Macht eingesetzt war, schacht sich immer darüber klar, "dass er nur dann erfolgreich werden könnte, wenn er zusammenarbeiten würde mit einer Regierung, hinter der klar und entschlossen die nationale Bewegung unter Führung des Nationalsozialismus stände, hinter einer Regierung, die von Adolf Hitler geführt würde." Die Regierung Papen ist für ihn also nur eine Brücke zur Regierung Hitler, und er setzt sich mit voller Kraft in dem Kampf um diese Entwicklung ein. Für die Wahlen vom 31. Juli 1932 verfasst Schacht die "Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik", die, in "nationalsozialistischer ausdrucksweise geschrieben... in einer Auflage von 30.000 Stück Verbreitung finden." - "Das Schriftchen ist überaus bezeichnend dafür, wie sehr seine Gedankengänge mit denen der nationalen Bewegung, d.h. in erster Linie des Nationalsozialismus verwachsen sind und umgekehrt. Nur durch die Betätigung eines unbändigen Lebenswillens könne die deutsche Wirtschaftskrise überwunden werden." Die Praxis des unbändigen Lebenswillens und ihre Resultate kennen wir.

Bis zur Machtergreifung durch Hitler bleibt Schacht ihm treu. "Für Schacht charakteristisch ist, dass er damals an jeder Stelle, in jeder Unterhaltung, bei jeder öffentlichen Gelegenheit, vor allem in schwierigsten Augenblick, den Hitler durchzumachen hat, nämlich nach dem Stimmenrückgang in den Novemberwahlen und dem Scheitern der Verhandlungen zwischen der Wilhelmstrasse und dem Kaiserhof, während alle vornehmen Elemente abbliesen, verkündet, dass nur ein Mann das Land retten könne: Hitler."

Am 17. Mai 1933 kehrte Schacht dann als Unterdiktator des "Führers" in die Reichsbank zurück. Wie sehr sich Schacht innerlich auch in den späteren Jahren, über die im einzelnen nicht mehr gesprochen werden soll, dem Nazismus verschrieben hatte, zeigt seine Rundfunkrede vom 29. Oktober 1935: "Das marxistische System hatte geglaubt, durch Unterwürfigkeit an das Ausland und durch Verzicht auf die Freiheit uns wenigstens den Broterwerb zu sichern, aber es erreichte nichts als eine Schuldknechtschaft, an der wir heute noch zu tragen haben. Die Wehrhaftmachung erst, die uns Adolf Hitler wiedergegeben hat, sichert uns den Broterwerb jetzt und für die Zukunft. Es gibt keine Arbeitsbeschaffung ohne Wehrhaftmachung."

Mit mehr Zynismus und Verlogenheit konnte auch kein Gauleiter des entmündigte deutsche Volk in das bevorstehende blutige Abenteuer hineinpeitschen. Aber wer das hier zitierte Buch in seiner Gesamtheit liest, wer feststellt, wie Schacht aus einem politisch fortschrittlichen Elternhause kommend, sich selbst nach 1919 zunächst der Demokratischen Partei anschliesst, wer all seine Phrasen hört über "schöpferischen Unternehmungsgeist", über die "Selbstzucht und Selbstkontrolle", über die "Arbeitspflicht des Kapitals", die "Aufblähung des Verteilungsapparates", die "Kartellübertrübungen", über "nationale Ethik und Moral", die "antimarxistischen" Predigten und Aufrufe, wer feststellt, wie er endlich als Bannenträger des deutschen Kapitalismus unter diesen Parolen gradlinig in die Diktatur und den Untergang hineinsteuerte, der erschrickt über die frappante Ähnlichkeit mit den heutigen Wörternbuch jeder politischen Parteien in unseren Tagen, die nichts gelernt haben und alle ihre Argumente und politischen Thesen aus der Rumpelkammer jener Jahre herausholen und dem deutschen Volke frisch lackiert versetzen, um noch einmal den Kapitalismus zum bestimmenden und beherrschenden Faktor reifen zu lassen. Jener Parteien, die trotz aller Lehren der Hitler-Diktatur auch in Niedersachsen keineswegs davor zurückschrecken, hohe Beamte des ersten Hitler-Kabinetts und ehemalige Reichstagsabgeordnete, die durch ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz Hitler die Gesetzmässigkeit seiner Diktatur schenken, als Kandidaten für den niedersächsischen Landtag anpreisen.

(a/4/84/1/he/

Verantwortlich: i.V. Peter Rannau, Hannover.